

Berantwort: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: N. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
Vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitzeile oder deren Name im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuenland 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

E. L. Berlin, 17. Januar.

Deutscher Reichstag.

23. Sitzung vom 17. Januar.

Präsident v. Leykow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation des Abg. Brömel und Gnüsien, da hin lautend:

"Die Unterzeichneter erlauben sich, an den Herrn Reichskanzler folgende Anfrage zu richten: Sind seitens der verbündeten Regierungen Maßnahmen beabsichtigt, um die neuerrichtige in Aussicht genommene Abänderung des amtlichen Waarenverzeichnisses zum Schutze vor ihrer endgültigen Bezeichnung in solcher Weise zur öffentlichen Kenntnis zu bringen, daß die daran vornehmlich interessirten gewerblichen Kreise ihre gutschätzlichen Aenderungen darüber rechtzeitig abgeben können?"

Nachdem Staatssekretär v. Malzahn sich zu sofortiger Beantwortung der Interpellation bereit erklärt, führt

Abg. Brömel (frei): Nichts hat in Geschäftskreisen mehr aufregend gewirkt, als die manmöglichen unerwarteten Änderungen des Waarenverzeichnisses. Nichts hat selbst mit Seelen mehr erkrankt. Die praktische Handhabung des Zolltarifs muß durchaus anders gehandhabt, ein Zollgerichtshof eingerichtet werden, und ein ordentliches Gerichtsverfahren in Zollsachen möglich werden. Gerade jetzt, wo ein neues amtliches Waarenverzeichnis erscheinen soll, sind wiederum wesentliche Änderungen zu erwarten. Schon hat u. A. verlautet, daß seitens "Kunstweine" dem Brautwein zoll unterworfen werden sollen. Die Erledigung einer solchen Frage kann aber doch unmöglich auf so einfache Weise erfolgen, daß man den Artikel kurzweg in eine andere Position des Waarenverzeichnisses versetzt. Gerade diese Angelegenheit zeigt, wie wichtig solche Fragen finanziell für die Reichslasse kommerziell für die Handelskreise sind. Nur die drei hanseatischen Handelskammern haben bisher Einsicht in das neue Waarenverzeichnis nehmen können. Das darf nicht nur in so beschranktem Maße geschehen. Es braucht deshalb nicht der ganze Entwurf des Waarenverzeichnisses veröffentlicht zu werden, vielmehr genügt die Veröffentlichung der wichtigsten beabsichtigten Änderungen, damit die beteiligten Kreise sich dazu äußern können. Viele Uebelstände, denen sich anscheinend auch der Bundeinstatt nicht verschließen würden durch die vorjährige Befreiung beabsichtigter Änderungen des Waarenverzeichnisses abgestellt werden.

Schafsekretär v. Malzahn: Der Bundeinstatt hat in seinem die Änderungen des Waarenverzeichnisses — in Folge des Handelsvertrags — betreffenden Beschlüsse den Reichskanzler ausdrücklich auch um Einholung von Auskünften der beteiligten Bundesregierungen erucht. Das neue Waarenverzeichnis dürfte als Entwurf noch in diesem Monat dem Bundeinstatt zugehen. Ein solchen Entwurf habe ich hier bereits in der Hand. Von den Bundesregierungen sind uns Rückläufigungen zugemessen, und anfänglich hat auch der Reichskanzler Auskünften — auch über die eingelagerten Wünsche der beteiligten Kreise angelegt; und auf Grund alles diesen Materials ist der vorliegende Entwurf aufgestellt. Die seitens der einzelnen Regierungen Handelskammern oder andere Interessentenkreise bezügliche Änderungen, welche am Waarenverzeichnis geplant werden, den Betheiligten vorher mitgetheilt werden, so entsteht dagegen das Versehen, daß nach solcher Veröffentlichung wahrscheinlich noch immer Interessenten kommen würden, die andere, nicht veröffentlichte Änderungen als für sie selbst wichtig bezeichnen würden. Das ganze Waarenverzeichnis zu veröffentlichen, geht aus zwei Gründen nicht an: einmal aus technischen, sodann weil eine Veröffentlichung von Verlagen des Reichskanzlers, bevor sie an den Bundesrat gelangen, unter Umständen nicht entspricht und vielleicht auch nicht einmal verfassungsmäßig ist. Es soll aber die Veröffentlichung im Bundeinstatt über das Waarenverzeichnis so weit ausgehend werden, daß den einzelnen Regierungen Zeit bleibt, die Handelskammern zu befragen. Und auch das Reichsamt wird, sobald die Vorlage bereits im Bundeinstatt ist, legitimieren Interessenten gern Einsicht in den Entwurf des neuen Waarenverzeichnisses gestatten.

Abg. Brömel erklärt, der Zweck seiner Interpellation sei erreicht, er verzichte daher darauf, deren Beantwortung zu beantragen. Das Haus sieht jedoch die erste Beratung der Brautweinvorlage fort.

Abg. Uhde (kon): Ich würde es für am wichtigsten halten, die Brautweinbesteuerung auf der Basis eines Monopoliums aufzubauen. Dabei würden 200 Millionen herauskommen und das wäre ausreichend. Den Interessen von Reich und Brennereigewerbe wäre damit gleichmäßig gedient sein. Auch die Landwirtschaft würde man auf solche Weise am ehesten leistungsfähig erhalten können durch entsprechende Preisnormierung. Der Abg. Brömel sprach gestern abfällig über den Kartoffelbau, Degeneration der Bevölkerung etc. Aber gerade die betreffenden Landestheile liefern doch der Armee einen kräftigen Menschenstock. Herr Witte selber wollte gestern eine reine Konjunktur im Interesse einer freieren Bewegung des Brennereigewerbes. Nun, diese freie Bewegung würde nur dem industriellen Großgewerbe zu Gute kommen, aber auf Kosten der landwirtschaftlichen Brennereien. Was die Vorlage anlangt, so ist für uns, meine Freunde und mich, die Einschaltung der 20 Mark-Differenz, die wir ja den süddeutschen Regierungen zu verdanken haben, eine conditio sine qua non. Daß diese Differenz eine Liebesgabe darstellt, ist durchaus unrichtig. Wird die Alttarifvorlage als notwendig anerkannt und aus patriotischen Gründen angenommen, so werde ich mich, aus patriotischen Gründen auch gegen diese Vorlage sträuben.

Abg. Barth (frei): Hente wie gestern und früher hat die Liebesgabe den Mittelpunkt der Diskussion gebildet. Und sie muß es auch, wie immer wieder die Frage austritt, wie die Liebesgabe auf das Brennereigewerbe wirkt. Neu in diesen Erörterungen war nur die gestrige Bezeichnung des bayerischen Bevölkerungsmaßstabes, daß 1887 das Brennereigewerbe stark an Überproduktion gelitten habe und daß deshalb damals ein solches Eingreifen zu Gunsten dieses Gewerbes notwendig geworden sei. Schon daraus geht

doch der Charakter eines Geschenks hervor. Freilich "Geschenk" ist ein schlecht gewählter Ausdruck. Denn wir haben dies Geschenk nicht freiwillig gegeben, nicht als Liebesgabe, vielmehr handelt es sich dabei eigentlich mehr um eine Kontribution. (Sehr richtig! links.) Feststehend ist, daß die Konsumanten 150 Mill. jährlich zahlen, und das dann nur 110 Millionen in die Reichslasse und 40 Millionen an die Bremer fließen. Und die 40 Millionen sollen also gegeben werden als Entschädigung dafür, daß die Bremer vor 1887 durch Überproduktion gefürchtet haben und seit 1887 der Export zurückgegangen ist, und zwar zurückgegangen wiederum durch die Schuld derer, welche durch Mitarbeiter an unserer verdeckten Handelspolitik die Revanche des Auslandes — Verschließung gegen unseren Export — erst haben herbeiführen helfen! Sie bestreiten den Charakter des Liebesgabes, weil das Gesetz von 1887 den Bremer, wenn sie ihre Bürde aufzuschlagen und die Gewinne vor und nach 1887 vergleichen — keinen Vortheil gebracht, sondern höchstens die aus demselben Gesetz ihnen erwachsenen Schaden auszugleichen habe. Dabei haben Sie aber nicht einmal gleich lange Perioden verglichen, sondern Sie haben die 5 Jahre nach 1887 verglichen mit den 8 Jahren vor 1887. Und Sie haben das gethan, weil die ersten 3 Jahre 1879 bis 1881 aus ganz besonderen Gründen ganz exorbitant hohe Spirituspreise bestanden und Sie durch Einbeziehung dieser 3 Jahre einen ganz besondern hohen Preisdurchschnitt für die Zeit vor 1887 herausrechnen konnten. Das für die Preisbildung das Gesetz von 1887 an und für sich keineswegs maßgebend ist, das beweist aber doch schon der bloße Umstand, daß auch noch nach 1887 ein Jahr mit exorbitant hohen Spirituspreisen vorliegen ist, nämlich das Jahr 1891. Für die Preise war eben nach wie vor maßgebend der Ausfall der Kartoffelernte. Vor und nach dem 1887er Gesetz sind guten Kartoffelernten schlechte Spirituspreise und schlechten Ernten hohe Spirituspreise gefolgt. Also ausschlaggebend war jederzeit die Kartoffelernte, die zwischen 18 und 28 Millionen Tonnen geschwankt hat! Es ist also unrichtig, daß jenes Gesetz Grund war für ein solches Herausgehen der Preise nach 1887. Dafür tragen andere Momente die Schuld. Auch überzeugen Sie ganz das Amtnehmen der Bevölkerung seit 1887. Selbst wenn der Brautweinbetrieb aufstellen wollte, so würde doch der Vertrag an Kartoffeln, seitens der Bevölkerung, heute ein großer sein, als vor 1887. Der Kartoffelbaus halber brauchen Sie also für den Brennereibetrieb keine Befreiungen zu verlangen! Und wie kommen Sie denn dazu, selbst wenn Sie an eine Schädigung des Kartoffelbaus durch das 87er Gesetz glauben, dann nur eine Entschädigung für die Kartoffeln verbrauchender Bremer zu verlangen?! Sie müssen dann doch die Entschädigung für den ganzen Kartoffelbau fordern, d. h. auch für die Kartoffelbauer, die nicht Bremer sind. (Sehr richtig! links.)

In Bezug auf diese Vorlage kann ich mich kurz fassen. Diese will die Liebesgabe unverändert lassen, aber die Konsumbelastung um 5 M. pro Hektoliter erhöhen. Meine Freunde und ich wollen überhaupt keine Steuererhöhung auf den Brautwein. Will man an diesen herantreten, um mehr daran heranzuschlagen, dann verlasse man die Liebesgabe. Einmal wird das doch notwendig werden. Wie z. B. auch in Amerika endlich einmal König Baumwolle, der dort dieselbe Rolle spielt, wie hier der Schnaps, entthront wurde, so ist es Zeit, daß endlich auch hier — der König Schnaps entthront werde und die allgemeinen Interessen wieder an seine Stelle treten!

Bayerischer Finanzminister v. Riedel: Dem Vorredner muß ich doch erwidern, daß auch alles das, was ich gestern gesagt habe, nicht vom Standpunkt spezieller Interessen diftigt war, sondern von dem der allgemeinen Interessen. Ich fürchte, wir beide werden überhaupt schwer Einer den Andern überzeugen. Gern aber hätte ich von dem Vorredner eine Antwort gehört auf die Frage: wo steht denn eigentlich die Liebesgabe? Dafür hat man nichts von ihm erfahren. Der Herr Vorredner hat behauptet, von mir etwas Neues gehört zu haben, weil ich gestern sagte, vor 1887 habe die Brennerei an Überproduktion gelitten. Aber deshalb habe ich doch keineswegs von einer Entschädigung durch die Steuerverkürzung gesprochen. Eine solche war auch 1887 gar nicht beabsichtigt, sondern nur ein Korrektionsmittel für die Produktion. Kommt es sich wirklich um eine Liebesgabe handeln, so wäre doch nicht in der Preisbildung für Spiritus ein solcher Spielraum bestehen, wie ihn der Herr Abg. selber anerkennt. Ein solcher Spielraum ist aber vorhanden, obwohl kaum eine Liebesgabe nicht vorliegen. Tatsächlich ist doch, — und da bitte ich den Herrn Abg. um geneigtes Ohr, — daß die Brennerei niemals in Folge des 87er Gesetzes große Gewinne bei ihrem Geschäft gemacht haben. Der Eine oder der Andere mag ja wohl wegen guter Kartoffelernte größere Erträge haben. Aber — und darin hat ja eben der Herr Abg. ganz Recht — das Gesetz von 1887 hat auf die Preisbildung gar keinen Einfluß gehabt. Bis mir der Nachweis, daß eine Ausbeutung der Konsumanten durch die Brennerei-Produzenten erfolgt, gefestigt wird, bin ich so frei, an eine "Liebesgabe" nicht zu glauben. (Brifall rechts.)

Abg. Fürst Hasfeldt (Reichsp): Die Ausführungen der Redner der linken Seite des Hauses über die Wirkungen des Gesetzes von 1887 werden klar widerlegt durch die Tatsache, daß Fabrikaten und Konsum gleichmäßig florieren. Ich gebe zu, daß das Gesetz mit der Kontingentierung günstig gewirkt hat, günstig aber kontingentär für die großen Brennereien. Wenn hier gesagt worden ist, die Kontingentierung sei grade in Württemberg notwendig, so ist daran zu zweifeln, daß die 4 größten Brennereien des Landes mehr Kontingent haben, als die 16 000 kleinen Brennereien zusammen. Die Landwirtschaft als solche hat von dem Gesetz von 1887 keinen Nutzen, eher Schaden gehabt. Es gibt eine Regel ohne Ausnahme. Wir werden als Volksvertreter nach wie vor das Wort nehmen müssen, wo wir Mängeln begegnen, für welche Abhilfe nötig ist. So werden wir beispielweise jedem Hersteller von Wöhren im Bereich staatlicher Verwaltungen widersprechen müssen. Auch kann ich schon jetzt Anträge in Aussicht stellen zur Aufhebung der Gehälter von katholischen Geistlichen, wie dies nötig ist. Ein Notstand von Geistlichen wirkt auch wieder auf die ganze Bevölkerung zurück. Wir geben uns der Hoffnung hin, in dieser Beziehung in diesem Jahre hier

brennen kann wie und was er will und wie viel er will. Die kleinen Brennereien würden darum auch in die Lage kommen, sich ein billiges Bierfutter durch die Schlemme zu beschaffen.

Abg. Dr. Hößel (El., Reichsp) erkennt eine gewisse Nützlichkeit des Brautweins an. Anders aber steht es mit dem Tabak. Bei diesem steht es eine notwendige und nützliche Verwendung durchaus nicht statt. Die Tabaksteuer sei die beste, am weitesten drifftende und am leichtesten zu erlösen. Die Befreiung der Beamten ist eine erhebliche Einnahme und ist leicht zu tragen. Durch die neue Brautweinsteuererhöhung werden unzählige Familien auf dem Lande betroffen und dadurch nur Misstrauung und Un Sicherheit herbeigeführt werden. Ich bedaure, daß man nicht einen andern Weg zur Beschaffung der erforderlichen Einnahmen eingeschlagen hat und hoffe, daß dies in der Kommission geschehen wird.

Abg. v. Kardorff (Reichsp) bestreitet, daß bei der Brautweinsteuer von einer Liebesgabe gesprochen werden könne; das Gesetz kommt zwar dem ganzen Gewerbe zu Gute, aber der einzige Bremer habe keine besondern Vortheile dadurch. Wenn die Freimaurer und Sozialdemokraten mit diesem Gesetz nicht immer Wahlagitationen getrieben hätten, so wäre die Wahl in Aversa nicht antisemitisch ausgefallen, das sei die Reaktion der Landwirtschaft. Wenn man die Grundlagen des Gesetzes verläßt, so ruiniere man die kleinen Brennereien zu Gunsten der großen.

Abg. v. Staudt (kon): Für die Einrichtung des Brautweinmonopols ist keine Rechtfertigung vorhanden und auch die Partei, der ich angehöre, ist dazu nicht geneigt. Aber ein wenig können wir uns damit einverstanden erklären, wenn wir mit dem Gesetz einverstanden sind, nämlich das Jahr 1891. Für die Preise ist die Differenz von 20 Mark herabzuhängen. Nebenwegen ist die Steuererhöhung ohne Einfluss auf die Militärvorlagen; gegen diese hat meine Partei weniger finanzielle Bedeutung, als vielmehr solche, die auf anderen Gebieten liegen. Bei den Steuervorlagen verfolgen die verbündeten Regierungen nur finanzielle Zwecke, wobei nach meiner Ansicht aber das Mängel der Lotterie anlangt, so liegt ja dieser Gewinn sehr nahe. Aber eine solche Verwendung kann keinesfalls festgelegt werden; es wird das Haus vielmehr über die jeweilige Verwendung einer Überschüsse bestimmen haben. Was die Vermehrung der Lotterie anlangt, so will ich darauf nicht näher eingehen. Die Kommission wird darüber zu erwarten haben. Nur das Eine will ich sagen: Meine Freunde und ich sind keine Freunde der Lotterie an sich. Aber der Herr Minister hat mit Berechtigung auf das Spielen in den auswärtigen Lotterien hingewiesen. Und wenn schon einmal die Verhältnisse so sind, so ist das legalistisch, die Verhältnisse durch die staatliche Lotterie zu regeln. Deshalb haben wir ja auch schon früher einer Vermehrung des Loses zugestimmt. Bei dem Ministerium des Innern sind Mehranwendungen für das Polizeiwesen notwendig. Mit der Schaffung etatmäßiger neuer Stellen kann ich nur einverstanden sein, eben mit Fortführung des Systems der Dienstalterhöhung. Sobald die Verhältnisse es zulassen, wird auch bei den oberen Beamten damit fortzufahren sein. Für die Vermehrung einer Reihe von Ausgaben auf landwirtschaftlichen Gebiete sind wir angeholt der finanziellen Wirkungen der Vorlagen zu gestalten und die letzteren unabhängig zu machen von der Finanzlage im Reich. Auch wird die Maximalgrenze festgesetzt werden müssen für diejenigen Überhöpfe aus den Eisenbahnen, welche für allgemeine Staatszwecke in Anspruch genommen werden dürfen. Allerdings ist das Bild des Staats kein erfreulicher, aber Grund zu pessimistischen Aussichten bietet es auch nicht. Bei den Eisenbahnen wird ein Stadium von Minder-Einnahmen zu überwinden sein, später aber würden sich die Einnahmen wieder steigern. Mit dem Bau von Sekundärbahnen dürfen wir nicht aufhören. Das Tertiärbahngesetz macht die Sekundärbahnen nicht überflüssig. Das Aufhören des Sekundärbahnbaues wird ein schwerer Schlag für den Staat sein. Die Eisenbahnangelegenheiten werden in der Kommission eine ganz besonders gründliche Beratung erfordern; ich hoffe deshalb, das Haus wird dem Antrage zustimmen. Bei dem Ministerium des Innern sind Mehranwendungen für das Polizeiwesen notwendig. Mit der Schaffung etatmäßiger neuer Stellen kann ich nur einverstanden sein, eben mit Fortführung des Systems der Dienstalterhöhung. Sobald die Verhältnisse es zulassen, wird auch bei den oberen Beamten damit fortzufahren sein. Für die Verhältnisse der Eisenbahn-Einnahmen erwartet, dass doch zu großen Theilen dauernde Verhältnisse, welche die jetzige Finanzlage verursacht haben, sowohl wirtschaftlich Verhältnisse, als auch solche, die auf dem Gebiete des Eisenbahnselbst liegen: Günstige Materialpreise und Gehälter! Und angeholt dessen müßte sich die Eisenbahnverwaltung fragen: Kannst Du in Zukunft Deine Bedürfnisse dem Publikum ebenso billig stellen als bisher? Auf dem Gebiete der Gütertarife möchte ich keine Erhöhung. Aber anders liegt die Sache hinsichtlich der Personentarife. Dessen Erhöhung ist zwar nicht populär. Aber hier im Abgeordnetenhaus haben wir nach dem Vorredner, höheren zu fragen, als nach der Popularität. Neuer belehnt kurz fröhliche Verhandlungen über Tariffragen und Eisenbahnverträge durch das Gesetz in der Kommission nicht gegeben. Dies zu den Einzelheiten des Staats. Ich möchte nun aber davor warnen, daß wir, was die Gefämmfinanzlage anlangt, eine schnelle Besteuerung momentan auf dem Gebiete der Eisenbahn-Einnahmen erwartet. Es wird doch zu großen Theilen dauernde Verhältnisse, welche die jetzige Finanzlage verursacht haben, sowohl wirtschaftlich Verhältnisse, als auch solche, die auf dem Gebiete des Eisenbahnselbst liegen: Günstige Materialpreise und Gehälter! Und angeholt dessen müßte sich die Eisenbahnverwaltung fragen: Kannst Du in Zukunft Deine Bedürfnisse dem Publikum ebenso billig stellen als bisher? Auf dem Gebiete der Gütertarife möchte ich keine Erhöhung. Aber anders liegt die Sache hinsichtlich der Personentarife. Dessen Erhöhung ist zwar nicht populär. Aber hier im Abgeordnetenhaus haben wir nach dem Vorredner, höheren zu fragen, als nach der Popularität. Dazu kommen die verunsicheren Meinungsverschiedenheiten in den einzelnen Rejorts. Die Finanzlage ist sehr ernst. Das Staatsvermögen ist in dem Staatsbahnen festgestellt. Im Falle eines Krieges wird dieses Vermögens zerstört, verloren gehen. Diese Aussichten für die weitere Entwicklung unserer Finanzen sind keine erfreulichen.

Hierauf verzog sich das Haus.

Nächste Sitzung: Morgen 1 Uhr.
Tages-Dienst: Initiativansprüche betreffend Änderung der Gewerbeordnung.
Schluß 5½ Uhr.

E. L. Berlin, 17. Januar.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

16. Sitzung vom 17. Januar.

Präsident v. Kölle eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Am Ministerische: Dr. Miquel, v. Schelling, Thielmann und Kommisse.

Die allgemeine Rechnung pro 1889—90 und die Übersicht der Staatsentnahmen und Ausgaben pro 1890—91 werden an die Rechnungsbehörde übergeben.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Deckung von Ausgaben des Jahres 1891—92.

Nach § 1 der Vorlage sollen die Ausgaben in Höhe von 42 833 886 Mark 35 Pf. welche aus der Einnahme des Jahres 1891—92 nicht geplattet werden können, im Wege der Anleihe

bestritten werden können, im Wege

überwiegen — so würde Ruhe und Ordnung unter der ziemlich harmlosen eingeborenen Bevölkerung ohne Mühe aufrechterhalten werden, zum Vortheil auch der dort ansässigen Engländer und Amerikaner. Das seit vielen Jahren andauernde Intriguentheater der dort vertretenen Mächte gegen einander aber hat die Eingeborenen froch gemacht, so daß man aus dem Weisbuch II. A. die lächerliche Thatstache von Verhandlungen zwischen Berlin, London und Washington über eine „gemeinsame Flotten-Demonstration“ dieser Mächte gegen Maletas oder Matacas erfährt. Unterm 16. Januar 1892 berichtet der deutsche Gesandte bei den Vereinigten Staaten an den Reichskanzler:

Washington, den 16. Januar 1893.
Euer Exzess hohen Erlasses vom 21. v. M., die Lage auf Samoa betreffend, habe ich zu erhalten die Ehe gehabt und habe nicht verfehlt, den Inhalt seiner Anlage mit dem Staatssekretär Blaize zu besprechen. Derselbe ist indesten einer bestimmten Antwort auf meine Frage, welche Mittel hier zur Kräftigung der Regierung Matiesas geeignet gebaut werden, ausgewichen und hat lediglich seinen Aufenthalt an Zeit und Arbeitskraft Ausdruck gegeben, welchen die Störerfreie auf Samoa fortgesetzt den Regierungen dreier Großmächte bereiten...

gez. von Mumon.

Da hat Herr Blaine den Nagel auf den Kopf getroffen — aber wer anders trägt die Schuld an den absurdum Zuständen auf den Samoa-Inseln als die Regierung der Vereinigten Staaten? Man überläßt die Inseln an Deutschland, welches dort die größten Interessen hat, und es wird Ruhe und Ordnung eintreten.

Saarbrücken, 17. Januar. Die gestrige Versammlung auf Bodo stock war von 250 Mann besucht. Heute um 2 Uhr ist General-Versammlung auf Bodo stock.

Saarbrücken, 17. Januar. (W. T. B.) Die „Saarbrücker Zeitung“ bestätigt, daß gestern Vermittlung kurz nach Beginn der Frühstück auf Grube „Roden“ im Kloß „Alexander“ durch Explosion schlagender Weiter 9 Bergleute umgekommen sind und 2 verletzt wurden. Heute streift auf den Bergaufstiegen 1, 6, 7, 8, 9 und 11 Niemand, dagegen steigen 201 auf. Inspektion 2, 1111 auf 3, 18 auf 4, 14 auf 5, und 58 Mann auf Inspektion 10, im Ganzen also 1402 Mann.

Galle a. S., 17. Januar. (W. T. B.) Der „Halleischen Zeitung“ zufolge wurde in der nachbarsten Provinzial-Zeitung zu Niederneben in den letzten beiden Tagen eine epidemiarische Krankheit aufgetreten, an welcher bis jetzt acht Personen verstorben sind. Wie die „Halleische Zeitung“ weiter meldet, hätte die heute Vormittag vorgenommene bacteriologische Untersuchung Cholera nostras ergeben.

Nürnberg, 17. Januar. Nach einer Meldung des „Fr. Kur.“ aus Erlangen wurde wegen Söldnerentführungen, wie Treten auf die Zehen, Stoßen mit dem Kofeln gegen die Schenkelbeine u. dergl. gegen mehrere Untertoffiziere und einen Befehlswesel das Strafverfahren eingeleitet.

Oesterreich-Ungarn.

Königgrätz, 17. Januar. Hier wurde eine 16 Personen starke fahrende Zigeunerfamilie exponiert angeführt.

Frankreich.

Paris, 14. Januar. Die konservativen Organe, welche die Hesse gegen die Republik anlässlich des Panamasaffaires betreiben, geben sich in Anschein, als ob schon jetzt mit der Extraterritorialität des Rücktrittes der Republik Carnot gerechnet werden müsse, und der „Figaro“ und der „Soleil“ veröffentlichten Artikel über den Militär-Gouverneur von Paris, General Saussier, worin sie daran erinnern, daß derselbe bei der letzten Präsidentenwahl 200 Stimmen der Bourgeoisie erhalten hat und ihn als die geeignete Persönlichkeit empfohlen, unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen Herrn Carnot im Elsass-Palast zu erlegen. Nichts beweist mehr den Mangel an hervorragenden Männern, auf welche die öffentliche Meinung im Falle der Gefahr ihre Worte richten könnte, als die drei, den wohlbeliebtesten Gouverneure von Paris mit der Rolle eines Reiters aus der Noth zu betrachten. Soweit ist es mit den Republikanern des Senates und der Deputiertenkammer doch noch nicht gekommen, daß sie in dem nun sehr wenig wahrscheinlichen Falle des Rücktrittes Carnots darauf daft könnten, einen General zum Staatschef zu erwählen, selbst wenn derselbe, wie der General Saussier, noch so wenig gefährlich für die Republik erscheinen sollte. Die Aufführung der Kandidatur in partibus des Generals Saussier ist denn seitens der Hespresso auch nur ein weiteres Mandat, um die Bewirrung zu verstetigen und um im Elsass Misstrauen gegen den Gouverneur von Paris zu erzeugen. Uebrigens weiß ich aus zweifächer Quelle, daß Herr Carnot gestern einem ihm besuchenden Botschafter die fest Abicht ausgedrückt hat, seine Stellung als Staatschef bis zu dem verfassungsmäßigen Ablauf derselben zu bewahren und, so weit die Besafung es ihm gestatte, das Schutze zur Vertheidigung der Republik und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beizutragen. Die „Lanterne“ und die „ansgeschiffen“ Politiker, welche dieses Heftblatt inspirieren, werden es also schwierig fertig bringen, durch ihre verleumderischen Angriffe den Präsidenten der Republik zum Aufgeben seines Postens zu bewegen. Ein Geiges darf von Herrn Ribot erwartet

werden, den gewisse Blätter und namentlich die „Escarde“ nicht los lassen, indem sie täglich die Behauptung wiederholen, daß der gegenwärtige Konföderat und Minister des Innern als Minister des Aufruhrs, ganz wie Rouvier, von dem Bankier Blaize bedeutende Summen für geheime politische oder diplomatische Zwecke accepirt habe. Man begreift nur nicht, daß der genannte Bantier diese Behauptung unerwidert läßt, wenn auch Herr Ribot es unter seiner Würde hält, das Heftblatt deshalb zur Rechenschaft zu ziehen.

In den hiesigen diplomatischen Kreisen macht sich eine gewisse Aufregung darüber bemerkbar, daß die Hesblätter jetzt versuchen, einzelne hervorragende Mitglieder des diplomatischen Korps in den Panama-Skandal zu verwickeln, ohne daß der Minister des Innern sich beilebt, diejenigen Unwesen zu steuern. Das ist gerade der russische Botschafter ist, der in erster Linie von dem verleumderischen Klatsch der Hespresso betroffen wird, könnte komisch wirken, wenn nicht in dieser Beziehung die Solidarität des diplomatischen Korps gewahrt werden müßte. Der Minister des Innern kann geltend machen, daß dem Präsidenten folge wegen Beleidigung eines Botschafters ein Journal nur auf anseräliches Verlaufen des betreffenden Diplomaten gerichtlich verfolgt werden darf; aber wenn unter den hiesigen ganz außormalen Verhältnissen eine solche gerichtliche Verfolgung aus nachliegenden Gründen unerlebt, müßte doch erwartet werden, daß der Minister des Innern es für geboten erachtet, durch eine öffentliche Zurückweisung der gegen den russischen Botschafter gerichteten Angriffe denselben die ihm gebührende Genugthuung zu geben. Inzwischen sind, wie bereits gemeldet, die Auswirkungen verschiedener Korrespondenzen erfolgt.

Paris, 17. Januar. (W. T. B.) Dem „Petit Journal“ zufolge wurde der Untersuchungsrichter Franquerville in Folge des Ergebnisses des gestrigen Verhörs von Charles de Lesteps heute weitere zehn Deputierte vorladen lassen, welche bisher in der Panama-Affaire noch nicht beschuldigt waren.

Paris, 17. Januar. Die „Escarde“ behauptet, Ribot habe sich mit Ferdy verschönt, um den Panama-Skandal schnell zu beenden. Das Blatt kündigt erste Ereignisse innerhalb 48 Stunden an. Der Untersuchungsrichter Franquerville stellt die Strafverfolgung gegen Rouvier, Arène, Thévenet, Roche und Berat ein. Dagegen wird das Verfahren gegen Vaillant, Greve, Renaud und Proust fortgesetzt. — Andriev ist nach London abgereist, um mit Roosevelt zu konferieren. — Der Marineminister ordnet die sofortige Verprobation des Panzergeschwaders, welches unter dem Beziehungen des Kontreadmirals Onge in der Hafen von Castillo in Bereitschaft liegt, um sofort nach der Flotte von Marocco abzugehen.

Paris, 17. Januar. (W. T. B.) Die „Saarbrücker Zeitung“ bestätigt, daß gestern Vermittlung kurz nach Beginn der Frühstück auf Grube „Roden“ im Kloß „Alexander“ durch Explosion schlagender Weiter 9 Bergleute umgekommen sind und 2 verletzt wurden. Heute streift auf den Bergaufstiegen 1, 6, 7, 8, 9 und 11 Niemand, dagegen steigen 201 auf. Inspektion 2, 1111 auf 3, 18 auf 4, 14 auf 5, und 58 Mann auf Inspektion 10, im Ganzen also 1402 Mann.

Galle a. S., 17. Januar. (W. T. B.) Der „Halleischen Zeitung“ zufolge wurde in der

nachbarsten Provinzial-Zeitung zu Niederneben in den letzten beiden Tagen eine epidemiarische Krankheit aufgetreten, an welcher bis jetzt acht Personen verstorben sind. Wie die „Halleische Zeitung“ weiter meldet, hätte die heute Vormittag vorgenommene bacteriologische Untersuchung Cholera nostras ergeben.

Nürnberg, 17. Januar. Nach einer Meldung des „Fr. Kur.“ aus Erlangen wurde wegen Söldnerentführungen, wie Treten auf die Zehen, Stoßen mit dem Kofeln gegen die Schenkelbeine u. dergl. gegen mehrere Untertoffiziere und einen Befehlswesel das Strafverfahren eingeleitet.

Oesterreich-Ungarn.

Königgrätz, 17. Januar. Hier wurde eine

16 Personen starke fahrende Zigeunerfamilie exponiert angeführt.

Frankreich.

Paris, 14. Januar. Die konservativen Organe, welche die Hesse gegen die Republik anlässlich des Panamasaffaires betreiben, geben sich in Anschein, als ob schon jetzt mit der Extraterritorialität des Rücktrittes der Republik Carnot gerechnet werden müsse, und der „Figaro“ und der „Soleil“ veröffentlichten Artikel über den Militär-Gouverneur von Paris, General Saussier, worin sie daran erinnern, daß derselbe bei der letzten Präsidentenwahl 200 Stimmen der Bourgeoisie erhalten hat und ihn als die geeignete Persönlichkeit empfohlen, unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen Herrn Carnot im Elsass-Palast zu erlegen. Nichts beweist mehr den Mangel an hervorragenden Männern, auf welche die öffentliche Meinung im Falle der Gefahr ihre Worte richten könnte, als die drei, den wohlbeliebtesten Gouverneure von Paris mit der Rolle eines Reiters aus der Noth zu betrachten. Soweit ist es mit den Republikanern des Senates und der Deputiertenkammer doch noch nicht gekommen, daß sie in dem nun sehr wenig wahrscheinlichen Falle des Rücktrittes Carnots darauf daft könnten, einen General zum Staatschef zu erwählen, selbst wenn derselbe, wie der General Saussier, noch so wenig gefährlich für die Republik erscheinen sollte. Die Aufführung der Kandidatur in partibus des Generals Saussier ist denn seitens der Hespresso auch nur ein weiteres Mandat, um die Bewirrung zu verstetigen und um im Elsass Misstrauen gegen den Gouverneur von Paris zu erzeugen. Uebrigens weiß ich aus zweifächer Quelle, daß Herr Carnot gestern einem ihm besuchenden Botschafter die fest Abicht ausgedrückt hat, seine Stellung als Staatschef bis zu dem verfassungsmäßigen Ablauf derselben zu bewahren und, so weit die Besafung es ihm gestatte, das Schutze zur Vertheidigung der Republik und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beizutragen. Die „Lanterne“ und die „ansgeschiffen“ Politiker, welche dieses Heftblatt inspirieren, werden es also schwierig fertig bringen, durch ihre verleumderischen Angriffe den Präsidenten der Republik zum Aufgeben seines Postens zu bewegen. Ein Geiges darf von Herrn Ribot erwartet

werden, den gewisse Blätter und namentlich die „Escarde“ nicht los lassen, indem sie täglich die Behauptung wiederholen, daß der gegenwärtige Konföderat und Minister des Innern als Minister des Aufruhrs, ganz wie Rouvier, von dem Bankier Blaize bedeutende Summen für geheime politische oder diplomatische Zwecke accepirt habe. Man begreift nur nicht, daß der genannte Bantier diese Behauptung unerwidert läßt, wenn auch Herr Ribot es unter seiner Würde hält, das Heftblatt deshalb zur Rechenschaft zu ziehen.

In den hiesigen diplomatischen Kreisen macht sich eine gewisse Aufregung darüber bemerkbar, daß die Hesblätter jetzt versuchen, einzelne hervorragende Mitglieder des diplomatischen Korps in den Panama-Skandal zu verwickeln, ohne daß der Minister des Innern sich beilebt, diejenigen Unwesen zu steuern. Das ist gerade der russische Botschafter ist, der in erster Linie von dem verleumderischen Klatsch der Hespresso betroffen wird, könnte komisch wirken, wenn nicht in dieser Beziehung die Solidarität des diplomatischen Korps gewahrt werden müßte. Der Minister des Innern kann geltend machen, daß dem Präsidenten folge wegen Beleidigung eines Botschafters ein Journal nur auf anseräliches Verlaufen des betreffenden Diplomaten gerichtlich verfolgt werden darf; aber wenn unter den hiesigen ganz außormalen Verhältnissen eine solche gerichtliche Verfolgung aus nachliegenden Gründen unerlebt, müßte doch erwartet werden, daß der Minister des Innern es für geboten erachtet, durch eine öffentliche Zurückweisung der gegen den russischen Botschafter gerichteten Angriffe denselben die ihm gebührende Genugthuung zu geben. Inzwischen sind, wie bereits gemeldet, die Auswirkungen verschiedener Korrespondenzen erfolgt.

Paris, 17. Januar. (W. T. B.) Dem „Petit Journal“ zufolge wurde der Untersuchungsrichter Franquerville in Folge des Ergebnisses des gestrigen Verhörs von Charles de Lesteps heute weitere zehn Deputierte vorladen lassen, welche bisher in der Panama-Affaire noch nicht beschuldigt waren.

Paris, 17. Januar. Die „Escarde“ behauptet, Ribot habe sich mit Ferdy verschönt, um den Panama-Skandal schnell zu beenden. Das Blatt kündigt erste Ereignisse innerhalb 48 Stunden an. Der Untersuchungsrichter Franquerville stellt die Strafverfolgung gegen Rouvier, Arène, Thévenet, Roche und Berat ein. Dagegen wird das Verfahren gegen Vaillant, Greve, Renaud und Proust fortgesetzt. — Andriev ist nach London abgereist, um mit Roosevelt zu konferieren. — Der Marineminister ordnet die sofortige Verprobation des Panzergeschwaders, welches unter dem Beziehungen des Kontreadmirals Onge in der Hafen von Castillo in Bereitschaft liegt, um sofort nach der Flotte von Marocco abzugehen.

Paris, 17. Januar. (W. T. B.) Die „Saarbrücker Zeitung“ bestätigt, daß gestern Vermittlung kurz nach Beginn der Frühstück auf Grube „Roden“ im Kloß „Alexander“ durch Explosion schlagender Weiter 9 Bergleute umgekommen sind und 2 verletzt wurden. Heute streift auf den Bergaufstiegen 1, 6, 7, 8, 9 und 11 Niemand, dagegen steigen 201 auf. Inspektion 2, 1111 auf 3, 18 auf 4, 14 auf 5, und 58 Mann auf Inspektion 10, im Ganzen also 1402 Mann.

Galle a. S., 17. Januar. (W. T. B.) Der „Halleischen Zeitung“ zufolge wurde in der

nachbarsten Provinzial-Zeitung zu Niederneben in den letzten beiden Tagen eine epidemiarische Krankheit aufgetreten, an welcher bis jetzt acht Personen verstorben sind. Wie die „Halleische Zeitung“ weiter meldet, hätte die heute Vormittag vorgenommene bacteriologische Untersuchung Cholera nostras ergeben.

Nürnberg, 17. Januar. Nach einer Meldung des „Fr. Kur.“ aus Erlangen wurde wegen Söldnerentführungen, wie Treten auf die Zehen, Stoßen mit dem Kofeln gegen die Schenkelbeine u. dergl. gegen mehrere Untertoffiziere und einen Befehlswesel das Strafverfahren eingeleitet.

Oesterreich-Ungarn.

Königgrätz, 17. Januar. Hier wurde eine

16 Personen starke fahrende Zigeunerfamilie exponiert angeführt.

Frankreich.

Paris, 14. Januar. Die konservativen Organe, welche die Hesse gegen die Republik anlässlich des Panamasaffaires betreiben, geben sich in Anschein, als ob schon jetzt mit der Extraterritorialität des Rücktrittes der Republik Carnot gerechnet werden müsse, und der „Figaro“ und der „Soleil“ veröffentlichten Artikel über den Militär-Gouverneur von Paris, General Saussier, worin sie daran erinnern, daß derselbe bei der letzten Präsidentenwahl 200 Stimmen der Bourgeoisie erhalten hat und ihn als die geeignete Persönlichkeit empfohlen, unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen Herrn Carnot im Elsass-Palast zu erlegen. Nichts beweist mehr den Mangel an hervorragenden Männern, auf welche die öffentliche Meinung im Falle der Gefahr ihre Worte richten könnte, als die drei, den wohlbeliebtesten Gouverneure von Paris mit der Rolle eines Reiters aus der Noth zu betrachten. Soweit ist es mit den Republikanern des Senates und der Deputiertenkammer doch noch nicht gekommen, daß sie in dem nun sehr wenig wahrscheinlichen Falle des Rücktrittes Carnots darauf daft könnten, einen General zum Staatschef zu erwählen, selbst wenn derselbe, wie der General Saussier, noch so wenig gefährlich für die Republik erscheinen sollte. Die Aufführung der Kandidatur in partibus des Generals Saussier ist denn seitens der Hespresso auch nur ein weiteres Mandat, um die Bewirrung zu verstetigen und um im Elsass Misstrauen gegen den Gouverneur von Paris zu erzeugen. Uebrigens weiß ich aus zweifächer Quelle, daß Herr Carnot gestern einem ihm besuchenden Botschafter die fest Abicht ausgedrückt hat, seine Stellung als Staatschef bis zu dem verfassungsmäßigen Ablauf derselben zu bewahren und, so weit die Besafung es ihm gestatte, das Schutze zur Vertheidigung der Republik und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beizutragen. Die „Lanterne“ und die „ansgeschiffen“ Politiker, welche dieses Heftblatt inspirieren, werden es also schwierig fertig bringen, durch ihre verleumderischen Angriffe den Präsidenten der Republik zum Aufgeben seines Postens zu bewegen. Ein Geiges darf von Herrn Ribot erwartet

werden, den gewisse Blätter und namentlich die „Escarde“ nicht los lassen, indem sie täglich die Behauptung wiederholen, daß der gegenwärtige Konföderat und Minister des Innern als Minister des Aufruhrs, ganz wie Rouvier, von dem Bankier Blaize bedeutende Summen für geheime politische oder diplomatische Zwecke accepirt habe. Man begreift nur nicht, daß der genannte Bantier diese Behauptung unerwidert läßt, wenn auch Herr Ribot es unter seiner Würde hält, das Heftblatt deshalb zur Rechenschaft zu ziehen.

Paris, 17. Januar. (W. T. B.) Die „Saarbrücker Zeitung“ bestätigt, daß gestern Vermittlung kurz nach Beginn der Frühstück auf Grube „Roden“ im Kloß „Alexander“ durch Explosion schlagender Weiter 9 Bergleute umgekommen sind und 2 verletzt wurden. Heute streift auf den Bergaufstiegen 1, 6, 7, 8, 9 und 11 Niemand, dagegen steigen 201 auf. Inspektion 2, 1111 auf 3, 18 auf 4, 14 auf 5, und 58 Mann auf Inspektion 10, im Ganzen also 1402 Mann.

Galle a. S., 17. Januar. (W. T. B.) Der „Halleischen Zeitung“ zufolge wurde in der

nachbarsten Provinzial-Zeitung zu Niederneben in den letzten beiden Tagen eine epidemiarische Krankheit aufgetreten, an welcher bis jetzt acht Personen verstorben sind. Wie die „Halleische Zeitung“ weiter meldet, hätte die heute Vormittag vorgenommene bacteriologische Untersuchung Cholera nostras ergeben.

Nürnberg, 17. Januar. Nach einer Meldung des „Fr. Kur.“ aus Erlangen wurde wegen Söldnerentführungen, wie Treten auf die Zehen, Stoßen mit dem Kofeln gegen die Schenkelbeine u. dergl. gegen mehrere Untertoffiziere und einen Befehlswesel das Strafverfahren eingeleitet.

Frankreich.

Paris, 14. Januar. Die konservativen Organe, welche die Hesse gegen die Republik anlässlich des Panamasaffaires betreiben, geben sich in Anschein, als ob schon jetzt mit der Extraterritorialität des Rücktrittes der Republik Carnot gerechnet werden müsse, und der „Figaro“ und der „Soleil“ veröffentlichten Artikel über den Militär-Gouverneur von Paris, General Saussier, worin sie daran erinnern, daß derselbe bei der letzten Präsidentenwahl 200 Stimmen der Bourgeoisie erhalten hat und ihn als die geeignete Persönlichkeit empfohlen, unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen Herrn Carnot im Elsass-Palast zu erlegen. Nichts beweist mehr den Mangel an hervorragenden Männern, auf welche die öffentliche Meinung im Falle der Gefahr ihre Worte richten könnte, als die drei, den wohlbeliebtesten Gouverneure von Paris mit der Rolle eines Reiters aus der Noth zu betrachten. Soweit ist es mit den Republikanern des Senates und der Deputiertenkammer doch noch nicht gekommen, daß sie in dem nun sehr wenig wahrscheinlichen Falle des Rücktrittes Carnots darauf daft könnten, einen General zum Staatschef zu erwählen, selbst wenn derselbe, wie der General Saussier, noch so wenig gefährlich für die Republik erscheinen sollte. Die Aufführung der Kandidatur in partibus des Generals Saussier ist denn seitens der Hespresso auch nur ein weiteres Mandat, um die Bewirrung zu verstetigen und um im Elsass Misstrauen gegen den Gouverneur von Paris zu erzeugen. Uebrigens weiß ich aus zweifächer Quelle, daß Herr Carnot gestern einem ihm besuchenden Botschafter die fest Abicht ausgedrückt hat, seine Stellung als Staatschef bis zu dem verfassungsmäßigen Ablauf derselben zu bewahren und, so weit die Besafung es ihm gestatte, das Schutze zur Vertheidigung der Republik und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beizutragen. Die „Lanterne“ und die „ansgeschiffen“ Politiker, welche dieses Heftblatt inspirieren, werden es also schwierig fertig bringen, durch ihre verleumderischen Angriffe den Präsidenten der Republik zum Aufgeben seines Postens zu bewegen. Ein Geiges darf von Herrn Ribot erwartet

werden, den gewisse Blätter und namentlich die „Escarde“ nicht los lassen, indem sie täglich die Behauptung wiederholen, daß der

Aus zwei Kreisen.

Preisgekrönter Roman (Barlachauer Couleur) von Anatol Krzyzanowski.

Unterschrift der Herausgabe von Dr. Heinrich Ruh.

Kaufrecht verboten.

38) "Die Liebe läßt sich weder gebieten, noch öffentlichen Schau tragen," entgegnete Jerzy. "Und sonderbar, am häufigsten ereignen sich derartige Fälle gerade unter den Armen," fügte er leise hinzu.

"Unter den Armen? Weshalb sollten denn diese eine Ausnahme machen?"

"Weil sie dem Drange ihres Herzens nicht immer folgen können, nicht folgen dürfen, da die Ehre es ihnen verbietet."

Schweigend blickten sie sich einige Sekunden an. In Teresia's Augen konnte man deutlich lesen, daß sie selbst unbewußt ein verhängnisvolles Thema angeschnitten hatte.

"Dann würden Sie in ihrem Stolze auch wohl eher sterben, als . . ."

Nichts könnte mich veranlassen mein Schweigen zu brechen und zu denjenigen von Liebe zu reden, welcher ich mich nicht ebenfalls zur Seite stellen kann."

"Was für heldenhafte Ansichten!" flüsterte Teresia.

"Heldenhaft? Nein, aber der Ehrgeiz des Bauern, die Achtung vor meinem Stande würden mir, der ich von Kindesbeinen an unter dem Volke gelebt habe, gebieterisch vorschreiben, zu schweigen und zu entgehen," entgegnete Jerzy.

In den dunklen Sammetzangen, die fest auf ihn gerichtet waren, schimmerte es feucht.

"Sie sind ein ehrenwerther Mensch, Jerzy," sagte sie mit leiser Stimme. "Ich möchte gern das Wesen sein, Ihr Freund, welcher Ihren Stolz zu brechen versteht."

Dann wandte sie ihr Köpfchen ab, nahm zwei Gläserföpfe und hielt sie ihm schnell hin.

"Nehmen Sie!"

Er stand wie gebannt da, er konnte es nicht glauben, nicht fassen, was er soeben gehört hatte; was er davon halten sollte, daß sie so schnell vom Erste zum Scherze überging.

"Hier sind Honig und Pflanzen!" sagte sie. "Aber Sie nehmen Sie doch! Ich verabscheue Sie, wir haben hier schöne Leckerbissen."

Trotz der profischen Worte leuchtete in ihren Augen ein helles Feuer. Jerzy blickte ihr in Erinnerungsverloren in das kläffende blonde Antlitz, dann ergriff er die beiden Gläser, doch er drückte dabei einen leichten Kuß auf ihre Hand.

"Vorsicht, sonst thaut der Honig auf!" rief in diesem Augenblick der alte Kotwicz halb schreiend, halb zornbebend vor der Thür her.

Purpurrothe überzog das Gesicht des jungen Mannes, aber Teresia nahm schnell die Rüste und ein Töpfchen mit Erdbeeren, sprang vom Stuhl herunter, und indem sie auf den Greis zusprach, sagte sie lachend:

"Schon wieder zahlen Sie, Großvater, und wohl deshalb, weil wir Ihnen doch ein königliches Mahl bereiten wollen? Nun, zur Strafe dafür sollen Sie auch die Speisen selbst tragen!"

Schnell drückte sie ihm den Kopf mit den Händen in die Hand und eilte dann unter den Lindenbaum.

Übermuth oder die Stimme des Herzens . . .

beides bringt nur immer Unglück," flüsterte der alte, während er dem jungen Mädchen mit bewölkt Sternen nachschaut.

Dann wandte er sich hastig an seinen Sohn,

und indem er diesen tief in die Augen blickte,

fügte er mit ruhiger Stimme laut hinzu: "Jerzy, sollst eben diese Scene bedenken? Bleibest Du Scherz, dann belebst Du Fröhlichkeit. Opolo, war es jedoch Ernst, dann steht es um so schlimmer für Dich; denn Du beschimpfst

Deinen Vater, dann belebst Du Fröhlichkeit

um erneutest Dich selber. Deemals berührte

es mich sehr schmerlich, die Vernunft eines

Hochmuthigen mit ansehen zu müssen, und

ich erklärte Dir ganz offen, daß ich Dich im

Wiederholungsfalle auf immer aus meinem Hause

verbannen würde.

Die untergehende Sonne warf ein blutrothes

Licht über die männlich schönen Züge des jungen

Kotwicza.

"Man braucht nicht gleich alles schlimmer zu

machen, als es ist, auch ist es nicht nötig,

mir mein Todesurtheil zu verkünden, da ich

auch so . . ."

"Ich erinnere Dich nur . . ."

"Ja, Du erinnerst mich daran, daß ich mein

Herz wie ein Stück Leinwand zerreißen soll, um

die alten Gefühle darin zu ersticken, und den-

noch verbietet Du mir vor kurzer Zeit, von Opolo

jemi zu bleiben."

"Ha, ha, ha," rief Teresia, in das Zimmer

treteend, mit überhellem Lachen, "ha, ha, ha,

eine Theatervorstellung in der Speckammer! Das

Töpfchen mit Erdbeeren hält den Blumen einen

Bredit, die gleich Ruinen zusammenbrumphen

und demütig zuhören. Ha, ha, wenn Sie

Gliedes, schwaches Herz, welches statt zu ver-

nur sehen könnten, meine Herren, wie sonach Sie

Mineralwasser- und Bierdruck-

Apparate,

neueste illustrierte Preisschriften franco.

Adolf Altmann, Görlitz.

Das größte Brod!

Da ich einen großen Kosten Mehl billig gekauft

habe, bin ich in der Lage das größte Brod zu liefern,

worin sich jeder überzeugen kann.

P. Thiel,

Stoltingstr. 3.

Grosse Betten 12 M.

(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen),

mit geregelten neuen Federn, bei

Gustav Lünig, Berlin, Prinzestr. 46.

Preisliste gratis und franco.

Viele Anerkennungsschreiben.

Oscar Dupuy & C.

gegr. 1795 Cognac 1795 gegen

Hochsteine alle Spezialitäten.

Zu besichtigen durch die Königskonditorei

8 Pf. ff. Emmenthaler, 18 Pf. f. Limburger

9 Pf. f. Schweizer, 9 Pf. Pf. Biersäfte je 6 Pf.

Macu.

Schulmappen,

Schultornister,

Bücherträger,

gute derbe Handarbeit, empfiehlt

R. Grassmann,

Kohlmarkt 10

und Kirchplatz 4.

Echt Münchner Leibsträu-Sedlmayr

20 Fl. M. 3.

echt Tucher, Nürnberg

20 Fl. „ 3.

echt Dortmunder Phönix, goldhell

20 Fl. „ 3.

echt Kulmbach Mönchshof, dunkel

20 Fl. „ 3.

echt Kulmbach Mönche-bräu, mittelf.

20 Fl. „ 3.

echt Kulmbach Maingold, goldhell

20 Fl. „ 3.

echt Pilzner, Bürger, Brähaus

15 Fl. „ 3.

ff. böhmisch Bräu, Pilsner, Rostock

26 Fl. „ 3.

dunkles Ezpzbier, Moabit

30 Fl. „ 3.

Klosterbräu, Moabit

25 Fl. „ 3.

Stettiner Tafelbier, Bergschloss

36 Fl. „ 3.

Münchner Bräu, Bergschloss

30 Fl. „ 3.

Kronenbräu, Elysium

25 Fl. „ 3.

Rostock Lagerbier, Mähn & Ohlerich

32 Fl. „ 3.

Doppel-Malzbier

30 Fl. „ 3.

echt Grätzer Bier, ganz altes

30 Fl. „ 3.

echt Berliner Weissbier

36 Fl. „ 3.

echt engl. Porter und Ale

10 Fl. „ 3.

Harzer Königs-Sauerbrunnen

20 Fl. „ 3.

frei Haus, Flaschen ohne Pfand,

In Gebinden mit Spritzkrahn billig.

Oscar Brandt,

Mauerstrasse 2. Telephon 598.

Sect

Söhnlein & C

Gegründet 1865.

SCHIERSTEIN

i. Rheingau.

Gesetzlich geschützte Marken:

"RHEINGOLD" * "KAISER-MONOPOL"

Bezug durch Weinhandlungen.

Schwanenversteigerung.

Am Mittwoch, den 18. d. Ms., Vormittags von

11/2 Uhr, versteigert ich Bürscherstr. 18:

1. grüne Plüschgarantur, 1

Trumeauspiegel, 1 müß.

Spind u. versch. and. Möbel

gegen Baarzahlung.

Voss, Gerichtsvollzieher.

Nur baare Geldgewinne.

Nächsteziehung 1. Februar.

Ottomanische 400 Frs. Loose

Haupttreffer Frs. 600,000 400,000 300,000

600,000 60,000 30,000 25,000 20,000 10,000

2000 4000 u. s. w.

Jedes Los wird in denbar zugünstigsten Falle

mit 185 M. gezogen. Alle 2 Monate Ziehung.

Keine Risten.

Ich verkaufe diese Lose, welche überall gelehrt

sind, erlaubt sind, gegen Monatskarten

u. fünf Mark pro Stück mit sofortigem Ge-

winn-Anteile.

Bestellungen per Postanweisung oder Nachnahme.

G. Westeroth, Bank-Agentur,

Düsseldorf a/Rhein.

Nichts kostet.

Wm. Schwend

